

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
IV/51/RR006

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:
51/002/2020

Gebührenverzicht bei städt. Kindertagesstätten und Erlass von Kostenbeiträgen in der Kindertagepflege

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	20.05.2020	Ö	Gutachten	angenommen mit Änderungen
Stadtrat	27.05.2020	Ö	Beschluss	angenommen mit Änderungen
Jugendhilfeausschuss	18.06.2020	Ö	Kenntnisnahme	zur Kenntnis genommen

Beteiligte Dienststellen

Amt 20 Kenntnisnahme

I. Antrag

Für den Monat Juni wird auf die Elterngebühren in städt. Kindertageseinrichtungen für die Eltern verzichtet, deren Kinder an keinem Tag in der Einrichtung betreut wurden.

Für den Fall, dass der Freistaat Bayern seine Kostenübernahme erweitert oder verändert, kann die Verwaltung des Jungenamts entsprechende Modifikationen vornehmen.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Gebührenfreiheit für den im Antrag genannten Personenkreis.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Änderung der Gebührensatzung für Kindertagesstätten

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Seit 16.03.2020 gilt auf Grund einer staatl. Allgemeinverfügung für Kindertagesstätten ein Betretungsverbot. Ausgenommen von dieser Regelung sind z.B. Kinder von Eltern, die in systemrelevanten Berufen arbeiten oder auch allein Erziehende, die berufstätig sind.

Derzeit (Stand 07.05.2020) nehmen in Erlangen ca. 18% der Kinder an der Notbetreuung teil.

Die Forderung der Eltern, die ihre Kinder nicht in der Notbetreuung unter bringen können nach einer Erstattung der Beiträge der Freien Träger und der Gebühren bei städt. Einrichtungen kam man bisher nicht nach, da eine bayernweit eine staatl. Lösung in Aussicht stand.

Diese liegt nun vor. Das entsprechende Schreiben liegt als Anlage bei. Dort wird erläutert, wie die Kostenbeteiligung des Landes gestaltet ist: Die Entlastung für die Eltern kommt allerdings nur zum Tragen, wenn der Träger auf die Gebühr verzichtet. Nachdem die Gebührensatzung der Stadt Erlangen eine Kostenerstattung für derartige Fälle nicht vorsieht, die Entlastung aber

auch Erlanger Bürgern zu Gute kommen soll und bereits.auch für den Monat Mai die Entlas-

tung greifen sollte, wurde für diesen Monat aufgrund einer Eilverfügung des Oberbürgermeisters, die in dieser Sitzung zur Kenntnis gegeben wird, eine Gebührenbefreiung vorgenommen.

Für die Monate Juni und ggf. für Folgemonate ist ein Stadtratsbeschluss erforderlich, da die Angelegenheit für diese Monate nicht unaufschiebbar ist.

Zu den finanziellen Konsequenzen wurde in der Eilverfügung folgendes ausgeführt: es ist festzustellen, dass der Erstattungsbetrag z.B. bei Spiel- und Lernstuben und auch bei einigen Kostentufen der Kindergärten höher ist, als die Beiträge der Eltern. Dieser Unterschiedsbetrag verbleibt beim Träger Stadt Erlangen. In anderen Bereichen ist der Erstattungsbetrag höher. Insgesamt dürften Minderinnahmen von ca. 30.000,00 Euro zu Buche schlagen.

Nachdem seit 11.05.2020 der Personenkreis der Berechtigten für einen Betreuungsplatz erheblich angestiegen ist, nehmen auch die Erstattungen ab. Andererseits sind für diese Fälle dann wieder Gebühren der Wirtschaftlichen Jugendhilfe zu übernehmen, so dass es bei der Kostenschätzung bleibt.

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

- ja, positiv*
- ja, negativ*
- nein

Wenn ja, negativ:

Bestehen alternative Handlungsoptionen?

- ja*
- nein*

**Erläuterungen dazu sind in der Begründung aufzuführen.*

Falls es sich um negative Auswirkungen auf den Klimaschutz handelt und eine alternative Handlungsoption nicht vorhanden ist bzw. dem Stadtrat nicht zur Entscheidung vorgeschlagen werden soll, ist eine Begründung zu formulieren.

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	Ca. 30.000 Euro	bei Sachkonto:
	Mindereinnahmen	
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Anlagen:

Schreiben des StMAS

III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 20.05.2020

Protokollvermerk:

Der Vorsitzende OBM Dr. Janik ergänzt folgenden Hinweis:

„Zum Zeitpunkt des Erlasses der Eilverfügung war die Tagespflege vollumfänglich in die Erstattungsregelung eingebunden. Seit 11.05.2020 gilt in der Tagespflege jedoch wieder der Regelbetrieb, d.h., dass dort das Betretungsverbot aufgehoben ist und die Erstattungsregelung für den Monat Mai nicht greift. Für den Monat Mai sind deshalb in der Tagespflege die Kostenbeiträge zu bezahlen.“

Ergebnis/Beschluss:

Für den Monat Juni wird auf die Elterngebühren in städt. Kindertageseinrichtungen für die Eltern verzichtet, deren Kinder an keinem Tag in der Einrichtung betreut wurden.

Für den Fall, dass der Freistaat Bayern seine Kostenübernahme erweitert oder verändert, kann die Verwaltung des Jungenamts entsprechende Modifikationen vornehmen.

mit 14 gegen 0 Stimmen

Dr. Janik
Vorsitzende/r

Winkler
Schriftführer/in

Beratung im Gremium: Stadtrat am 27.05.2020

Protokollvermerk:

Der Vorsitzende OBM Dr. Janik ergänzt folgenden Hinweis:

Wie der Bayer. Städtetag am 25.05.2020 mitgeteilt hat, handelt es sich, entgegen ersten Äußerungen aus dem Ministerium bei den Lockerungen in der Tagespflege nicht um einen reinen Regelbetrieb ab 11.05.2020, sondern um eine „erweiterte Notbetreuung“. Das heißt, dass Eltern, die ihre Kinder nicht in die Tagespflege bringen, dennoch von der Beitragserstattung profitieren. Die Protokollnotiz aus der Sitzung des HFPA wird insoweit ersetzt.

Ergebnis/Beschluss:

Für den Monat Juni wird auf die Elterngebühren in städt. Kindertageseinrichtungen für die Eltern verzichtet, deren Kinder an keinem Tag in der Einrichtung betreut wurden.

Für den Fall, dass der Freistaat Bayern seine Kostenübernahme erweitert oder verändert, kann die Verwaltung des Jungenamts entsprechende Modifikationen vornehmen.

mit 51 gegen 0 Stimmen

Dr. Janik
Vorsitzende/r

Winkler
Schriftführer/in

Protokollvermerk:

Auf Veranlassung von Herrn Stadtrat Höppel (heute Vorsitzender) wird die Vorlage als Tagesordnungspunkt behandelt und zur Kenntnis genommen. Die Vorlage, die eigentlich in einer früheren pandemiebedingt ausgefallene JHA-Sitzung hätte behandelt werden sollen, wurde Ende Mai 2020 direkt dem HFPA und dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt.

Im Nachgang greift Herr Gick, beratendes Mitglied der Evang. Gesamtkirchenverwaltung, das Thema auf und fragt bei Jugendamtsleiter Herrn Rottmann den Sachstand bezüglich des Ansinnens der Freien Träger nach, dass die Kommunen den ungedeckten, vom Freistaat Bayern nicht übernommen Restbetrag der ausgefallenen Elterngebühren übernehmen mögen. Derzeit sind die kreisfreien Städte des Großraum Nürnberg dabei, sich abzustimmen, um nach Ermittlung des finanziellen Volumens zu entscheiden, wie hier das weitere Vorgehen sein wird. Auf die Bitte nach Einbindung der Freien Träger in diesen Prozess betont Herr Rottmann, dass das Thema partnerschaftlich weiterverfolgt werden wird.

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Höppel
Vorsitzende/r

Buchelt
Schriftführer/in

- IV. Beschlusskontrolle
- V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
- VI. Zum Vorgang